



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Wirtschaftsspiegel

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

und Kapitalisten, ist aber, darin sogar von den Royalisten unterstützt, durchaus geneigt, zeitgemäße soziale Reformen einzuführen, allerdings nicht um vor der Arbeiterklasse Kotau zu machen, sondern im Interesse einer gedeihlichen Wiederaufbauarbeit. Sie wird auch diesmal versuchen, durch formale und in der Sache geringfügige Konzessionen die Bewegung zum Stillstand zu bringen und dann durch mehr oder minder weitgehende eigene Reformarbeit allen Sozialisten den Wind aus den Segeln zu nehmen. Ob es ihr damit gelingen wird, sogleich jede Unruhe aus den Arbeiterkreisen zu bannen, muß freilich zweifelhaft erscheinen. Denn die Arbeiterbewegung ist heute in Frankreich auf einem Punkt angelangt, an dem die Arbeiter eigentlich nicht mehr wissen, warum sie streiken und was sie eigentlich fordern sollen: ein gefährliches Moment innerer Zersetzung, das wir uns jedoch hüten wollen, in seiner Bedeutung und Fortwirkung zu überschätzen.

Menenius



Wirtschaftsspiegel

Die Steigerung der Arbeitslöhne und die Lebensmittelpreise in Europa und den Vereinigten Staaten von Nordamerika nach der Revolution. Mit dem Umsturz setzte in Deutschland ein Hochgang der Löhne ein, der in der Geschichte des Arbeitslohnes keinen Vorgang aufzuweisen hat. Nach einer Aufstellung im „Reichsarbeitsblatt“ vom 29. Januar 1920 („Zusammensetzung und Löhne der Arbeiterschaft sowie die Arbeitszeit im März 1919“) stieg beispielsweise der Durchschnittstagesverdienst eines Arbeiters in der Gesamtheit der erfaßten Betriebe aller Gewerbegruppen von 5,18 Mark im März 1914 auf 13,52 Mark im März 1919; in derselben Zeit stieg der entsprechende Tagesverdienst einer Arbeiterin von 2,28 auf 6 Mark. Nach Angaben des Verbandes der Schiffszimmerer Deutschlands vom 20. März 1919 wuchsen die durchschnittlichen Wochenverdienste der Schiffszimmerer in den deutschen Seestädten von 30,19 Mark im Oktober 1918 auf 60,46 Mark im Oktober 1919 und auf 102 Mark im Januar 1919. Dies bedeutet eine Lohnsteigerung vom Oktober 1918 bis Januar 1919 von 238,8 Prozent; in der kurzen Zeit vom Oktober 1918 bis Januar 1919 war hier schon eine Steigerung des Lohnes von 68,7 Prozent zu verzeichnen. Interessant ist die nachstehende Aufstellung der „Deutschen Straßen- und Kleinbahn-Zeitung“ über die Anfangslöhne bei den Berliner Städtischen Straßenbahnen von 1915–1919:

	monatliche Löhne in Mark				
	1915	1916	1917	30. 11. 1918	31. 3. 1919
Vorarbeiter	177	200	281	328	541
Handwerker	154	177	257	304	489
Arbeiter	128	135	226	257	426
Kontrollleure	170	200	248	279	485
Fahrer	146	175	188	249	416
Schaffner	125	155	167	223	390

Draufschier noch tritt die Lohnsteigerung in Deutschland nach dem März 1919 zutage. Bekanntlich reihte sich vom Frühjahr bis zum Herbst des Jahres 1919 eine Lohnbewegung an die andere. Nach einer Untersuchung des Schreibers dieser Zeilen über die Entlohnung in den Hauptbezirken der deutschen Textilindustrie (Niederschlesien, Ober- und Niederlausitz, Mitteldeutschland, Rheinland-Westfalen, Sachsen und Bayern) stiegen die durchschnittlichen Stundenlöhne der Textilarbeiter, die sich im Oktober 1918 zwischen 0,51 und 0,68 Mark bewegten, auf 0,90 bis 1,20 Mark am 1. April 1919, auf 1,40 bis 1,80 Mark am 1. Oktober 1919 und auf 1,85 bis 2,40 Mark im Januar 1920. Von Interesse dürfte auch das nachstehende Beispiel sein. Nach Mitteilungen aus rheinischen Industrie-

freien stieg der Betrag des auf die Tonne erzeugten Rohstahls umgerechneten Lohnes der Arbeiter von 16 Mark vor dem Kriege (1914) auf 43,50 Mark im Oktober 1918, auf 128 Mark im Januar 1919 und auf 208 Mark im Dezember 1919. Die Tonne Rohstahl hat also allein an Löhnen im Dezember 1919 ungefähr das Zwölfwache der Summe erfordert, die im Jahre 1914 für die Herstellung der gleichen Einheit ausgegeben wurde. Obenan in puncto der Lohnsteigerung steht der Bergbau. Man nehme nur — um ein Beispiel herauszugreifen — den Hochtang der Arbeitslöhne im Steinkohlenbergbau in den erzgebirgischen Bezirken (Zwickauer und Lugau-Ölsnitzer Revier). Hier stieg der Tagesverdienst eines Hauers von 4–6 Mark im Jahre 1914 auf 6 bis 8 Mark im Jahre 1917, auf 10–12 Mark am 1. Oktober 1918, auf 14–16 Mark am 1. Januar 1919, auf 26–28 Mark am 1. Oktober 1919 und auf 40 bis 50 Mark am 5. Februar 1920. In den anderen bergbaulichen Bezirken liegt die Sache ebenso. Zuzufolge Essener Meldungen vom 3. März 1920 stellt sich nach der erst seit kurzer Zeit geltenden Lohnordnung das Jahreseinkommen eines Hauers beim Verfahren von 300 Schichten jährlich und unter Berücksichtigung der gegenwärtig auf Grund der Vereinbarung in verfahrenen Übersichten auf rund 16 000 Mark. Dieser Beispiele ließen sich noch viele aufzählen.

Betrachten wir demgegenüber die ausländischen Verhältnisse. Das Maiheft (1919) der „Labour Gazette“ enthält Lohnangaben für die wichtigsten Industriezweige Großbritanniens, die einen Vergleich der Löhne für die Zeit vor dem Kriege mit denen von Ende April 1919 ermöglichen. Hiernach wird die durchschnittliche Lohnsteigerung aller Arbeiterkategorien in Industrie, Handel und Gewerbe auf 100 bis 120 Prozent ausgesetzt. Die nachstehende Aufstellung zeigt die Lohnsteigerung in einzelnen Gewerbegruppen Englands verglichen mit den entsprechenden Zahlen Deutschlands. Zu beachten ist hier noch, daß die englischen Zahlen bis zu Ende April 1919 gehen, während die dem „Reichsarbeitsblatt“ vom 29. Januar 1920 entnommenen Zahlen schon mit März 1919 abschließen.

Gewerbegruppen:	Durchschnittliche Lohnsteigerung in:	
	England bis zu Ende April 1919	Deutschland bis zum März 1919
Rohlenbergbau	110–120 %	150–200 %
		Arbeiter: Arbeiterinnen:
Metallverarbeitung	113–117,5 %	155,1 % 178,9 %
Maschinenindustrie	98–156 %	175,4 % 176,8 %
Spinnstoffgewerbe	100–110 %	141,8 % 148,1 %
Bekleidungs-gewerbe	87–98 %	209,3 % 169,1 %
Baugewerbe	100 %	—

Nicht viel anders liegen die diesbezüglichen Verhältnisse in den Vereinigten Staaten von Nordamerika. Hier ist unter anderem eine Aufstellung über die Löhne der Kohlenbergarbeiter von der Kohlenverwaltung der Vereinigten Staaten (United States Fuel Administration) veröffentlicht worden, welche die Sätze für den 1. April 1916, für den 1. Januar, 1. April und 1. November 1917 angibt. Bemerkenswert ist, daß nach Angabe der „Labour Gazette“ die Lohnsätze vom 1. November 1917 zu Ende April 1919 noch in Kraft waren. Für Hauer stellte sich der Lohnsatz am 1. April 1916 auf 3 s 1½ d für die Tonne, ein Jahr danach auf 3 s 9 d und am 1. November 1917 auf 4 s 2½ d, so daß eine Zunahme des Lohnsatzes um etwa 35 Prozent erfolgt ist. Nicht mit der Hand, sondern mit der Maschine arbeitende Hauer erzielten April 1916 für die Tonne einen Lohn von 2 s 3¼ d. Er ist bis zum November 1917 auf 3 s 4½ d gestiegen, so daß sich hier eine etwas lebhaftere Steigerung (um 45 Prozent) feststellen läßt. Für eine Reihe von Beschäftigungsarten betrugen die Steigerungen 100 Prozent (so für sealers, couplers, oilers, rock dumpers) bzw. 80 Prozent und darüber (so 98,2 Prozent: shifters, 80,5 Prozent: brakemen, tracklayers, timbermen, head carpenters und blacksmiths.) Geringer noch als in den Ländern der englischen Zunge war vielfach die Lohnsteigerung in den

romanischen Staaten. Nach Mitteilungen der „Metallarbeiter-Zeitung“ vom 17. Januar 1920 beispielsweise schwankte in Belgien, und zwar in Brüssel, im Maschinenbau der vertragliche Mindeststundenlohn der vollwertigen Arbeiter zwischen 1,25 und 1,60 Franken. Demgegenüber bewegten sich in Deutschland zu derselben Zeit die Löhne der entsprechenden Arbeiterkategorie schon zwischen 2,60 und 4,20 Mark.

Verteilen wir nun etwas bei den Lebensmittelpreisen. Die „Labour Gazette“ (Heft 12, 1919) veranschaulicht in einer interessanten Zusammenstellung die Teuerung in verschiedenen Ländern. Die Aufstellung gibt die Steigerung verglichen mit den Preisen im Juli 1914; doch ist weder der Endzeitpunkt noch die Berechnungsweise ganz einheitlich. Die Vereinigten Staaten von Nordamerika erreichten im Oktober 1919 eine Verteuerung um 84 Prozent, Kanada im November 1919 um 92 Prozent. Für Holland, und zwar für Amsterdam, ist im Oktober 1919 die Verdoppelung der Preise nur wenig überschritten (104 Prozent). In Dänemark stellte sich die Preiserhöhung gegen Juli 1914 im Juli 1919 auf 112 Prozent. Sie betrug in Italien, und zwar in Rom, im Oktober 1918 141 Prozent (zum Unterschied von Mailand im Oktober 1918 mit einer Verteuerung um 248 Prozent) und nach einer Feststellung für 43 italienische Städte für April 1919 181 Prozent. In Großbritannien stellte sich die Verteuerung im Dezember 1919 auf 134 Prozent, in der Schweiz im September 1919 auf 141 Prozent, in Paris auf 180 Prozent im November 1919 und in anderen Städten Frankreichs im September 1919 auf 188 Prozent. In Norwegen ist fast eine Verdreifachung der Preise festzustellen (im September 1919 um 198 Prozent). In Schweden stellt sich die Steigerung im Oktober 1918 schon auf 207 Prozent, in Belgien, und zwar in Brüssel, im August 1919 auf 261 Prozent, in Antwerpen im Oktober 1919 auf 306 Prozent. Die nachstehende — der „Deutschen Tageszeitung“ entnommene — Aufstellung zeigt eine Preissteigerung der wichtigsten Lebensmittel in Berlin bzw. in Brandenburg:

	Preise per Kilogramm in Pfennigen		
	Jahresdurchschnitt 1913	Oktober 1918	Januar 1920
Roggenbrot	28,9	53,8	117,5
Kartoffeln	7	20	50
Zucker	44	99	280
Rindfleisch (Brust)	173	440	950
Milch (pro Liter)	24	48	84
Butter	272	1200	2800

Diese Aufstellung zeigt u. a. die starke Preissteigerung nach der Revolution. In einem Revolutionsjahre sind die Preise erheblicher in die Höhe gegangen als im kaiserlichen Deutschland während der ganzen langen Kriegszeit. Dieser erneuten Preissteigerung steht nun in Deutschland der rapide Hochgang der Arbeitslöhne, der vielfach die Steigerung der Lebensmittelpreise noch übertrifft, gegenüber. Jede Preissteigerung erzeugte auf der Stelle eine neue Lohnbewegung. Man nehme nur beispielsweise die Lohnbewegung der Berliner Arbeiter vom Dezember 1919 und Januar 1920. Man hatte hier ausgerechnet, daß die Teuerung der rationierten Lebensmittel (Brot und Kartoffeln) pro Kopf und Woche ungefähr 1,50 Mark (genau 1,23 Mark) ausmachte. Die Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine entschlossen sich darum, an die Arbeitgeber eine Forderung von 2 bis 3 Mark pro Kopf und Woche zu richten. Anders die freien Gewerkschaften von Groß-Berlin. Sie beschloßen am 2. Januar 1920, an die Arbeitgeber eine Forderung in Höhe von 25 Mark ab 1. Januar 1920 pro Kopf und Woche als Minimum zu stellen.

Die Folge der ständigen Lohntreibereien in Verbindung mit dem ebenfalls ständigen Rückgang der Arbeitsleistung ist der völlige Ruin Deutschlands und seines Wirtschaftslebens. An eine Konkurrenzfähigkeit der deutschen industriellen Produktion auf dem Weltmarkt ist heute gar nicht mehr zu denken. So stellten sich beispielsweise schon im Februar 1919 die englischen Eisen- und Stahlpreise, die

für Inlandlieferungen galten, beträchtlich niedriger als die deutschen Preise. Nach Mitteilungen aus Rotterdam bewegten sich im Juni 1919 die Preise für 1000 Ziegelsteine in Holland zwischen 25 und 31 Gulden; in Deutschland wurden für dasselbe Material zu dieser Zeit schon Preise bezahlt, die sich zwischen 80 und 150 Mark bewegten. Nach Angaben der „Westminster Gazette“ stieg in London der Preis eines Tuchanzuges von 5 Pfd. Sterling 10 Schilling am 1. Juli 1914 auf 8 Pfd. Sterling Mitte Juli 1919; in dieser Zeit war in Berlin schon der Preis für dasselbe Kleidungsstück von 60–100 Mark auf 600–700 Mark und mehr gestiegen. Wenn nun auch bei der enormen Verteuerung der deutschen Erzeugung noch andere Faktoren mitsprechen, wie beispielsweise die beträchtliche Verteuerung der Rohmaterialien, ferner die Einführung des achtsündigen Normalarbeitstages, die Abschaffung der Akkordarbeit usw., so spielt doch die rapide Steigerung der Arbeitslöhne keine unwesentliche Rolle. Heinrich Göhring



Drinne und draußen

Zur Abstimmung in Ostpreußen. Das polnische Pressebureau in Paris entfaltet schon jetzt eine sehr rege und auffällige Tätigkeit, um die Abstimmung in Ostpreußen zu diskreditieren. So beklagt eine im „Journal des Débats“ vom 12. April erschienene Mitteilung, daß die klare Haltung Frankreichs zur Ausführung des Friedensvertrages bei den Alliierten leider wenig Nachahmung finde, und daß ganz wie hinsichtlich des rechten Rheinufers Engländer und Italiener auch an der unteren Weichsel eine gefährliche Nachgiebigkeit gegen die Feinde von gestern an den Tag legten. Seit Ankunft der Kommission habe die deutsche Bedrückung nur zugenommen, und entgegen den Bestimmungen des Friedensvertrages sei die Zivilverwaltung immer noch in den Händen der preußischen Beamten geblieben. Unter diesen Bedingungen könne das Ergebnis der Volksabstimmung nur illusorisch sein. Nachdem dann „Liberté“ vom 15. April den Protest polnischer Blätter, darunter des Warschauer „Dziennik Powszechny“ gegen die angeblich zu frühe Festsetzung des Abstimmungsdatums, zitiert, und „Ordre Public“ vom gleichen Tage die Notwendigkeit auseinandergesetzt hat, daß Polen sich dem europäischen Frieden zuliebe an den Masurischen Seen eine strategische Basis zur Deckung von Warschau verschaffen müsse, kommt „Journal des

Débats“ vom 16. April noch einmal ausführlich auf die Sache zurück, indem es ganz wie der im „Ordre Public“ zitierte Abgeordnete Alfred Hermann die Aufregungsbewegung im Ruhrgebiet mit der Lage in Ostpreußen in kausalen Zusammenhang bringt und nochmals Klage darüber führt, daß infolge der gänzlich unzureichenden Machtmittel der interalliierten Kommission die gesamte Verwaltung in deutscher Hand geblieben sei und natürlich in Fortsetzung der Bismarckschen und Bülow'schen Traditionen die Polen auch weiterhin bedrückt würden. Alle antipolnischen Maßnahmen gingen auf die Berliner Zentrale, den „Bund der Heimattreuen Ostpreußen“, zurück. Man sei aber von seiten der Entente Polen eine loyale Haltung schuldig und habe ein gemeinsames Interesse daran, zu verhindern, daß der preußische Militarismus in seiner alten Hochburg wieder zu neuen Kräften komme. „Victoire“ vom 16. April wirft sogar den Engländern vor, daß sie ihre eigene, nur von Handelsrücksichten diktierte Politik in Ostpreußen verfolgen, und führt unberechtigterweise darüber Klage, daß keine französischen Truppen an der Besetzung teilnahmen. M.

Neues vom Deutschtum in Groß-Rumänien. Rudolf Brandisch, Abgeordneter im rumänischen Parlament und Vertreter